

obwohl sich manche Stimmen dagegen erhoben —, daß beide Regionalsynoden eine einzige Kirche bilden. Es wurden aber zwei getrennte Kirchenleitungen gewählt. In West-Berlin wurde Kammergerichtsrat Hans Altmann zum Präses wiedergewählt, und zur Kirchenleitung, die einen bruderratsähnlichen Charakter hat, gehören außer Bischof Dibelius auch Generalsuperintendent Hans Martin Helbig, Präses D. Kurt Scharf, Probst Martin Schutzka und der reformierte Moderator Bruno Moritz. Die Ost-Berliner Teilsynode wählte einstimmig wieder Superintendent Fritz Figur zum Präses, der bisher auch Vorsitzender der Kirchenleitung war. In der mit Vorsicht geführten Diskussion wurde die Diasporalage der „schrumpfenden Volkskirche“ in der Sowjetzone enthüllt, wo es weithin keine Konfirmandengruppen mehr gebe und in einer neuen Industriestadt von 20 000 Einwohnern nicht einmal 100 Menschen zur Kirche kommen. Es seien aber auch Ansätze zum Neuwerden, besonders unter der Jugend, zu beobachten.

Nach der gleichzeitigen Verabschiedung des neuen Wahlgesetzes in beiden Teilsynoden für den nach der Verfassung die ganze Evangelische Kirche von Berlin-Brandenburg zusammenhaltenden Bischof, bisher D. Otto Dibelius, wurde nicht ganz ohne Schwierigkeiten Generalsuperintendent Günter Jacob, Cottbus, zum „Verwalter des Bischofsamtes“ im Sowjetsektor gewählt, mit der ausdrücklichen Einschränkung: „bis zur Rückkehr von Herrn Präses Scharf“. Dieser Vorbehalt drückt den Willen zur Aufrechterhaltung der kirchlichen Einheit aus.

In D. Jacob ergreift ein Mann hoher geistlicher Gaben die Leitung der Evangelischen Kirche-Ost von Berlin-Brandenburg. Er steht im 57. Lebensjahr und hat sich nicht nur an der Seite von Präses Scharf im Kirchenkampf bewährt, sondern auch unter dem SED-Regime eine Linie gefunden, die sich ohne politische Kompromisse von der Kirchenpolitik der EKD so weit entfernte, daß Jacob nicht zur persona ingrata in Pankow wurde. Seine Arbeit gilt ausschließlich der inneren Erneuerung der Gemeinden, wobei die Wiederherstellung der altkirchlichen Liturgie eine nicht geringe Rolle spielt. Er wird nunmehr auch Vorsitzender der Kirchenleitung sein, der außer Präses Figur die Oberkonsistorialräte Werner Hagemeyer und Erich Andler sowie die Generalsuperintendenten Fritz Führ und Albrecht Schönherr und der reformierte Moderator Heinz Langhoff angehören, neben anderen Persönlichkeiten, die das Prinzip des Bruderrats vertreten. Zwar wurde auf der Teilsynode geltend gemacht, daß D. Dibelius nach wie vor rechtmäßiger Bischof sei, tatsächlich wird aber unter der Leitung von Bischofsverweser Jacob eine Zeit innerer Konsolidierung bei stärkster Reserve gegenüber der Politik versucht werden. D. Jacob ist auch eine bekannte ökumenische Gestalt. Er gehört seit langem den theologischen Kommissionen von Faith and Order an und ist auch als Teilnehmer für die 4. Weltkonferenz in Montreal Juli 1963 vorgesehen (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 228 f.).

**Neuer russischer Exarch in Ost-Berlin** Erzbischof Sergij (Larin) von Perm und Solikamsk, der trotz einer von Renegaten und Atheisten gegen ihn aufgezogenen Pressekampagne seinerzeit vom Patriarchat gehalten und rehabilitiert worden war (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 70; ds. Jhg., S. 77), wurde am 10. Oktober 1962 zum Exarchen für Mitteleuropa ernannt. Durch seine Teilnahme an der Vollversammlung des Weltrats der Kirchen

in Neu-Delhi und als einer der Präsidenten der Dritten Tagung der Europäischen Kirchenkonferenz in Nyborg ist er inzwischen in ökumenischen Kreisen kein Unbekannter mehr.

Der neue Exarch, der zunächst die zeitweilige Verwaltung seiner russischen Eparchie beibehält, traf am 31. Oktober in Ost-Berlin ein. In einer Botschaft an den Klerus und die Laien seines Exarchats bezeichnete er die Zugehörigkeit zur russischen Mutter-Kirche als einen Ausdruck der Idee der kirchlichen Einheit. Anscheinend hatte er hiermit besonders die Verhältnisse in West-Berlin und Wien im Auge, wo die „Karlowitzer“ Richtung der russischen Emigrations-Kirche versucht, die jurisdiktionellen und kanonischen Grundlagen der Moskauer Patriarchatskirche zu erschüttern. „In unserem Glauben schöpfen wir die Kraft, jeglichem Bösen in der Welt und im Leben jedes einzelnen von uns zu widerstehen. Ihr sollt euch jedoch unter Bewahrung eures Glaubens zu den Verhältnissen des Lebens der Gegenwart mit vernünftiger Überlegung einstellen“, so fährt die Botschaft zum Friedenthema überleitend fort. „Fragen des Friedens sind keine politischen Fragen, sondern Synthese der christlichen Moral und Erfüllung des Gebotes Christi: ‚Habt Frieden untereinander‘ (Mark. 9, 50) . . . Die Idee der Abschaffung der Kriege und Abrüstung ist von Gott eingegeben und spiegelt sich in dem Göttlichen Wort des Alten Testaments, denn sie ist ein inniges Verlangen der Menschheit. Schon der alte Prophet sieht in die Zukunft und verkündet die Abrüstung: ‚Kommet her und schauet die Werke des Herrn . . . Der den Kriegen steuert in aller Welt, Der Bogen zerbricht, Spieße zerschlägt und Wagen mit Feuer verbrennt‘ (Ps. 46, 9—10). Wie ethisch durchdrungen erklingen diese Worte von der Vernichtung der Waffen. In dieser Prophezeiung liegt ein unwiderstehliches Streben zur Zerstörung des Bösen auf Erden. Kriege und Waffen sind aber Mittel zur Verwirklichung des Bösen, ganz besonders totbringend in Gestalt der Atom- und Wasserstoffbomben“ („Stimme der Orthodoxie“ Nr. 11/12, 1962, S. 17 f.).

Erzbischof Sergij vermeidet die in früheren Verlautbarungen russischer Hierarchen zu findende antiwestliche Polemik und identifiziert andererseits auch nicht den christlichen Standpunkt mit den bekannten außenpolitischen Thesen der Sowjetpolitik.

Nach der Versetzung des bisherigen Exarchen Johannes (Wendland) nach Nordamerika hatte zunächst der neugeweihte Bischof Filaret (Denisenko) von Luga die zeitweilige Verwaltung des Exarchats übernommen (ds. Jhg., S. 78). Er verblieb nach Ankunft des neuen Exarchen Sergij als Vikarbischof im Mitteleuropäischen Exarchat, so daß dieses nunmehr über zwei Bischöfe verfügt. Bischof Filaret residiert in Wien und widmet sich ausschließlich der etwa 3000 orthodoxe Russen zählenden Wiener Gemeinde, die unter bischöflicher Führung einer neuen Entwicklung entgegensteht („Stimme der Orthodoxie“, a. a. O., S. 56).

## Aus der islamischen Welt

**Die Islamisierung des Süd-Sudan** Die Islamisierungspolitik der sudanesischen Zentralregierung im Süden des Landes, von der wir wiederholt berichtet haben (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 361 f.; 11. Jhg., S. 42, 416, 469 f.; 12. Jhg., S. 64, 413 f.; 13. Jhg., S. 187 und 14. Jhg., S. 412 ff.), wurde in den letzten Jahren konse-

quent weitergeführt. Die eingeborene Bevölkerung im Süden des Sudan (schätzungsweise 4 Millionen Heiden, nach jüngerer Schätzung ca. 600 000 Christen, davon ca. 400 000 Katholiken) wurde in den letzten Jahren einer immer intensiveren muslimischen Propaganda der Zentralregierung ausgesetzt. Das Ziel dieser Bemühungen ist es, diesen Bevölkerungsteil, der dem Norden des Landes weder durch Sprache noch durch Religion verbunden ist, durch eine konsequente Arabisierung und Islamisierung zu integrieren. Besonders wurden die Stammeshäuptlinge und die Schüler der Sekundärschulen durch Gewährung besonderer Vergünstigungen zur Annahme des Islams ermuntert. Faktisch ist es heute so, daß an den höheren Schulen nur noch muslimische Studenten aufgenommen werden. Als das größte Hindernis dieser Politik erwiesen sich die christlichen Teile der Bevölkerung, die eine einigermaßen homogene Gruppe bilden. Die dünne Schicht der süd-sudanesischen Intelligenz, die das Rückgrat des Widerstandes gegen die Islamisierung darstellt, ist fast ausschließlich in den Missionsschulen herangebildet worden. Die erste Etappe der Islamisierung bestand in der Verstaatlichung der Missionsschulen — bis dahin die einzigen Schulen, die es im Sudan gab (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 412 f.) —, die durch muslimische Staatsschulen ersetzt wurden. Im letzten Jahr ging die Regierung dazu über, die Missionen selber zu liquidieren und auch die Seelsorge zu erschweren oder ganz unmöglich zu machen.

Die Liquidierung der Missionen erfolgt auf zwei Wegen. Auf der einen Seite wird die Aktivität der Missionen durch Gesetze eingeengt oder ganz unmöglich gemacht und so die Handhabe für die Ausweisung der Missionare geschaffen, die tatsächlich oder angeblich, in jedem Falle aber in Ausübung ihrer Tätigkeit notwendig zu Gesetzesbrechern werden. Auf der anderen Seite gibt es einen beinahe verschwiegene Terror der muslimischen Verwaltung, dessen Mittel von geringfügigen, aber konstanten Schikanen bis zu willkürlichen oder eben ganz gesetzlichen Verhaftungen reichen. Die Zahl der Ausweisungen stieg in den letzten Monaten rapide an: zwischen 1958 und 1961 wurden 43 Missionare ausgewiesen, seit dem Herbst 1962 weitere 83. Im gleichen Zeitraum mußten 37 protestantische Missionare das Land verlassen (NCWC News Service, 21. 1. 63).

Eine neue Phase begann mit dem sog. Missionary Society Act vom 15. Mai 1962. Abgesehen von zahlreichen Einschränkungen, die eine jährlich zu erneuernde Lizenzierung erforderlich machen und faktisch jederzeit die Schließung einer Mission gestatten, verbietet dieses Gesetz die religiöse Erziehung oder Aufnahme in einen religiösen Orden von Personen unter 18 Jahren ohne die Genehmigung der Eltern oder des Vormundes. Die Genehmigung muß schriftlich vor einer von der Provinzialregierung hierfür eingesetzten Person erfolgen. In der Regel erweist sich diese Person als ein muslimischer Polizeioffizier (NCWC News Service, 29. 10. 62). Faktisch können die Kinder auch katholischer Eltern nur noch mit staatlicher Genehmigung getauft werden. Auf Grund dieses Gesetzes wurden dann auch im Oktober 1962 zwei Missionspriester wegen illegaler Taufen verhaftet. Die wenig aussichtsreiche Situation der Christen im Süd-Sudan kommt in einer Erklärung des Apostolischen Delegaten für Südafrika, Erzbischof Joseph McGeough, zum Ausdruck, die dieser nach einer vierwöchigen Mission im Sudan namens des Heiligen Vaters abgab: Der Heilige

Vater habe nicht die Absicht, die zivilen Behörden (des Sudans) zu beschuldigen. Er könne jedoch nur sein tiefstes Bedauern ausdrücken über die Not der 400 000 Katholiken im Süden des Landes, die in immer größerem Maße der Hilfe und des Trostes ihrer Religion beraubt werden, auf welche sie ein Recht haben (NCWC News Service, 21. 1. 63). Die Mission des Apostolischen Delegaten blieb faktisch erfolglos. Die einzige Zusage, die er seitens der Behörden erhalten konnte, war die, daß „man nicht alle Missionare ausweisen werde“.

Die Aktionen der sudanesischen Regierung zeigen alle typischen Merkmale des Neokolonialismus. Eine große Minderheit, die mit dem Staat durch nichts verbunden ist als durch eine von den früheren Kolonialmächten gezogene Grenze, soll unter Zwangsanwendung integriert, d. h. zur Aufgabe ihrer kulturellen und religiösen Eigenart bewegt werden (von einer nationalen Eigenart kann man im Süd-Sudan nicht sprechen, da die Süd-Sudanesen keine einheitliche Bevölkerung, sondern eine große Gruppe sehr verschiedener Negerstämme darstellen). Die Entwicklung im Süden des Sudan hat denn auch inzwischen Formen angenommen, die dem ganz entspricht. In der Reaktion auf die Arabisierungs- und Islamisierungspolitik der Regierung wächst der innere Widerstand der Eingeborenenbevölkerung. Die geringen Teilerfolge der Islamisierung hatten keineswegs den angestrebten Erfolg, daß sich bestimmte Teile der Bevölkerung in der Folge der Zentralregierung gegenüber loyal verhalten würden. Es zeigt sich, daß besonders Stammeshäuptlinge und Schüler zwar aus Opportunismus den Islam annehmen, aber deshalb längst keine loyalen Untertanen der Zentralregierung werden. Vielmehr führt die aufgezwungene Religion zu einer verstärkten Abneigung. Am Ende kann sich die Zentralregierung doch nur noch auf die arabische Beamtenschaft verlassen. Der Druck der Zentralregierung führte aber nicht nur zu einem stillschweigenden Widerstand autonomistischer oder secessionistischer Kreise im Süden, sondern auch zu einer politischen Reaktion im benachbarten Uganda und Kongo. Das Bestreben der arabisch-afrikanischen Politiker, den arabischen Einfluß ins Innere Afrikas zu tragen, scheint hier zum erstenmal eine effektive Gegenaktion ausgelöst zu haben: Von Uganda und vom Kongo aus wird ein Gegenangriff in das Staatsgebiet eines arabischen Staates vorgetragen, indem man von diesen Gebieten aus Verbindungen zu den Negern des Süd-Sudans herstellte und die autonomistischen Bewegungen in diesem Gebiet unterstützt. Bis jetzt kann man hierüber nur spärliche Nachrichten erhalten. Einzelnen Berichten zufolge soll jedoch im Süd-Sudan eine bürgerkriegsähnliche Situation herrschen. Angeblich werden die Stämme von den Nachbarstaaten aus mit Waffen versorgt, und die arabischen Beamten und Soldaten können sich außerhalb ihrer Standorte nicht mehr sicher bewegen. An einigen Orten soll es auch zu bewaffneten Konflikten gekommen sein. Diese Berichte, die heute kaum geprüft werden können, werden durch zwei Tatsachen bestätigt: Es gibt eine Absetzbewegung süd-sudanesischer Intellektueller und Schüler nach Uganda, und die Zentralregierung verlegte 13 000 Mann ihrer Elitetruppen nach dem Süden (NCWC News Service, 12. 10. 62). Es scheint, daß es eine geplante Absetzbewegung der Intelligenz nach Uganda gibt, die von dort aus den Widerstand organisiert. Dieser Widerstand ist vorerst passiv und besteht vor allem in einer autonomistischen Propaganda. Zudem werden aber auch

Unsicherheitsfaktoren geschaffen, die die Zentralregierung beunruhigen und zu erhöhten Sicherheitsmaßnahmen zwingen, ohne daß hierbei breitere Angriffsflächen für eine Gegenaktion der Regierung geboten werden.

Die Verfolgungspolitik der Regierung gegen die christlichen Missionen wird sich als ein schwerwiegender Fehler erweisen, vermutlich der schwerste, den die Zentralregierung je begangen hat.

## Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

### Gewissensfreiheit und Toleranz

Die Rede Kardinal Bea in der Universität „Pro Deo“

Kardinal Augustin Bea, der Präsident des Sekretariates zur Förderung der Einheit der Christen, hat am 13. Januar 1963 an der Römischen Universität für Internationale Soziale Studien „Pro Deo“ einen Vortrag gehalten über das Thema: „Das in Liebe geübte Suchen nach Wahrheit als Weg zur Harmonie zwischen den Einzelnen und Gruppen“. Der Vortrag hat als „Rede über Gewissensfreiheit und Toleranz“ in der Presse ein starkes Echo gefunden. Mehrere deutsche Zeitungen veröffentlichten seinen Wortlaut, so z. B. die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (23. 1. 63), andere brachten ausführliche Kommentare. Diese waren zwar durchwegs positiv, aber nicht immer sachlich. Die rechtsliberale römische Tageszeitung „Il Tempo“ meinte sogar Gegensätzlichkeiten zwischen Kardinal Bea und gewissen römischen Kongregationen herauslesen zu können und hielt mit der bei ihr üblichen Polemik nicht zurück. Kardinal Bea hielt seinen Vortrag im Rahmen einer „Agape“, einer brüderlichen Begegnung zwischen Angehörigen verschiedener Konfessionen und Religionen, die jedes Jahr am ersten Sonntag nach Epiphanie an der Universität „Pro Deo“ stattfindet und nun schon zu einer festen Einrichtung der Begegnung für die Vertreter der verschiedenen christlichen und nichtchristlichen Religionen geworden ist. An dieser letzten „Agape“ nahmen ca. 500 Personen aus einundzwanzig verschiedenen Glaubensgemeinschaften teil, darunter auch viele Vertreter des Diplomatischen Korps. In Anlehnung an das Liebesmahl der ersten christlichen Gemeinden vereinte die Anwesenden am Schluß der Begegnung ein gemeinsames Essen. Es ist bereits das zweite Mal, daß Kardinal Bea bei dieser Veranstaltung das Hauptreferat gehalten hat. Der Papst hatte den Teilnehmern durch den Kardinalstaatssekretär seine Glückwünsche und seinen Segen übermitteln lassen. Wir geben hier die wichtigsten Passagen des Vortrags, der dem Rahmen der Agape entsprechend in einem schlichten und zugleich eindringlichen Ton gehalten wurde, nach dem italienischen Text der Rede wieder.

Ausgehend von der Frage des heiligen Augustinus: „Was sucht der menschliche Geist mehr als die Wahrheit?“, verweist Kardinal Bea auf die geschichtliche Grundbefindlichkeit des Menschen, die ihn dazu treibt, immer nach der Wahrheit zu suchen und sie festzuhalten, und ihn doch zwingt, fortwährend in einer Gesellschaft mit vielen einander entgegengesetzten Überzeugungen zu leben und so der Grenzen seines eigenen Wahrheitsbesitzes bewußt zu sein. Die Geschichte der Philosophie, in der sich dieses Suchen widerspiegelt, erscheine zwar zu Unrecht, aber nicht ohne Grund oft als Ausdruck der „Pathologie des menschlichen Denkens“.

#### *Die eine Wahrheit in verschiedenen Aussagen*

„Was Wunder also, wenn gerade die Liebe zur Wahrheit und die Suche nach der Wahrheit mehr als einmal in der

Geschichte Anlaß zu Zwistigkeiten, Gegensätzen und Feindseligkeiten und bisweilen auch zu äußerst schmerzlichen und harten Kämpfen eines Menschen gegen den anderen war und immer noch täglich ist.“ So gebe es z. B. Menschen, die die Wahrheit mit ihrem eigenen Denken oder mit der Überzeugung derer gleichsetzen, die genauso denken wie sie selbst, und zwar um so überzeugter, je mehr sich dieses Denken im Gegensatz zum Denken anderer befinde. „Indessen müßte man sich ‚in die Haut des anderen zu versetzen‘ wissen, nämlich den Gesichtspunkt des anderen begreifen können, was dasselbe ist wie sich auf den Punkt stellen, auf dem der andere steht und von dem aus er die Dinge sieht. Man müßte auch begreifen, daß die Wirklichkeit tausend verschiedene Gesichtspunkte aufweist und tausend verschiedene Seiten hat, während die Erkenntnis des einzelnen Menschen, mag er auch noch so begabt und intelligent sein, kaum eine oder nur einige wenige von diesen bemerkt.“ Das solle natürlich nicht heißen, daß man es machen solle wie jener Richter der Antike, der zu Gericht saß und nacheinander jedem der beiden streitenden Teile recht gab und, als ihn dann sein kleiner Sohn fragte, es wäre doch nicht möglich, daß beide zugleich recht hätten, antwortete: „Auch du hast recht.“ Es gehe vielmehr um die echte und verpflichtende Liebe zur Wahrheit. „Aber gerade diese Liebe zur Wahrheit ist es, die uns ermahnt, uns auch die Grenzen unserer Erkenntnis zu vergegenwärtigen und auch jene Seite der Wahrheit anzuerkennen, die die anderen sehen, ohne im übrigen das zu verleugnen, was wir selbst wirklich als Wahrheit erkennen.“ Es handle sich auch nicht darum, wegen der Achtung des Standpunktes des anderen alles zu nivellieren, das Wahre und das Falsche, unter dem Vorwand, alle Behauptungen seien gleich wahr und gleich falsch.

„Dieser Punkt ist von größter Wichtigkeit in der Welt von heute, wo wir umgeben von einem wahren Chaos von Ideen leben und wo auch eine gesunde Festigkeit in der Behauptung der Wahrheit, sei es daß es sich um rein menschliche Erkenntnis, sei es daß es sich um die Erkenntnis des religiösen Glaubens handelt, leicht als unnachgiebiger Fanatismus gilt und deswegen verabscheut wird.“ Aber dennoch dürste gerade der moderne Mensch nach Sicherheit und nach sicheren und endgültig feststehenden Erkenntnissen. Das verpflichte uns aber auch, die Wahrheit überall dort zu suchen, wo wir ihr begegnen.

„Aber andererseits verlangt die authentische Liebe zur Wahrheit selbst von uns, sie überall dort anzuerkennen, wo immer wir ihr begegnen, von welcher Seite immer sie kommen mag. Und deshalb erfordert sie auch die Bereitschaft und das Bemühen, die Stimme der Wahrheit zu hören, wo immer sie sich vernehmbar macht.“

#### *Die Unzulänglichkeit der Sprache*

Hier weist Kardinal Bea auf eine besondere Schwierigkeit hin, die der Vernehmbarkeit der Wahrheit vielfache Hindernisse entgegengesetzt: die Unzulänglichkeit der menschlichen Sprache als Medium der Wahrheitsvermittlung.